Landeshauptstadt München
Bezirksausschuss 2
Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt

Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Rosa Liste
Die Linke

13.07.2026

Gemeinwohlorientierte Nutzung der Zenettistraße 32 sichern – Vorkaufsrecht der Inneren Mission unterstützen, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten

Interfraktioneller Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Innere Mission ein Vorkaufsrecht an der Zenettistraße 32 hat und sie dabei zu unterstützen dies geltend zu machen. Im Anschluss möge die Immobilie an eine Wohnungsgenossenschaft oder das Mietshäuser Syndikat weiterverkauft werden, um die Mieter*innen vor Verdrängung zu schützen und langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern.

Begründung:

In der Zenettistraße 32 droht durch den Verkauf an einen gewinnorientierten Investor [redacted] die Verdrängung langjähriger Mieter*innen: Im Vorderhaus im EG befindet sich die Teestube „Komm“ der Diakonie München und Oberbayern, die Tagesaufenthalt für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen bietet. Darüber wohnen langjährige Mieter*innen, die die Mietergemeinschaft Zenettistraße 32 bilden. Die Innere Mission hatte sich ein Vorkaufsrecht gesichert für den Fall, dass die Immobilie in Eigentumswohnungen umgewandelt wird. Da die Stadt ihr eigenes Vorkaufsrecht nicht ausüben kann (bewohntes Gebäude, keine Schrottimmobilie), ist die Innere Mission somit auch als kirchliche Organisation eine zentrale Akteurin: Ihr Vorkaufsrecht könnte genutzt werden, um die Immobilie in gemeinnützige Hände zu überführen.

Dies passt in die Strategie des Antrags vom 09.02.2026 („Immobilien kirchlicher Organisationen in gemeinwohlorientierte Nutzung überführen“) wie vom Referat für Stadtplanung ohnehin gefördert (Rathaus Umschau 127 / 2026): Anstatt das Haus selbst zu behalten, könnte die Innere Mission es an eine Genossenschaft oder das Mietshäuser Syndikat weiterverkaufen und so preisgünstige Mieten und innovative Wohnmodelle ermöglichen. Die Stadtverwaltung muss hier vermittelnd und unterstützend einwirken, um die soziale Verantwortung einzufordern und Verdrängung im Erhaltungssatzungsgebiet zu verhindern.

Initiative: Alexandra Rudat, Beauftragte für Wohnungsfragen und Mieterbeirätin
Christian Modrow, Fraktionssprecher